

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale Stadt Zürich beschliessen Stimmfreigabe zur UStR III
Für Rückfragen	Beni Schwarzenbach (Co-Präsident), Tel. 076 497 46 97 Maleica Landolt (Co-Präsidentin), Tel. 079 317 33 71
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich, E-Mail zurich@grunliberale.ch www.zurich.grunliberale.ch
Datum	10. Januar 2017

Grünliberale Stadt Zürich beschliessen Stimmfreigabe zur UStR III

Nach intensiver Diskussion beschliessen die Grünliberalen der Stadt Zürich eine zur Mutterpartei abweichende Parole zur Unternehmenssteuerreform III.

Dass die Privilegierung von Statusgesellschaften nicht länger haltbar ist, ist unbestritten. Aus Sicht der Grünliberalen der Stadt Zürich sind gewisse Elemente in der Vorlage sinnvoll, wie z.B. die Förderung von Forschung und Entwicklung in der Schweiz. Ebenso ist unbestritten, dass ein attraktives Steuersystem ein wichtiges Element für einen wettbewerbsfähigen Unternehmensstandort darstellt – wenn auch bei weitem nicht das Einzige. Der ungeschickte Vorschlag des Regierungsrates bzgl. Verteilung der zusätzlichen Bundesgelder (ca. 60% Kanton und nur 40% Gemeinden), welche die finanziellen Folgen der Reform abfedern sollen, ist nicht in Stein gemeisselt. Mittels Motion, welche die grünliberalen Kantonsräte bereits eingereicht haben, verfolgt die Partei das Ziel, dass diese Gelder vollumfänglich den Gemeinden zugutekommen.

Nichtsdestotrotz ist mit empfindlichen Einbussen beim Steueraufkommen zu rechnen: Der Kanton rechnet für die Stadt Zürich mit Steuerausfällen von CHF 200 Mio., wenn die Vorlage angenommen wird. Die Stadt Zürich selber rechnet mit ca. CHF 300 Mio. Wer auch immer recht hat: Fakt bleibt, dass es nicht ohne Leistungsreduktionen für die Bevölkerung und ohne Erhöhung der Einkommenssteuern oder von Gebühren gehen wird. Davon betroffen ist in erster Linie der Mittelstand, was eine Verschiebung der Steuerbelastung von juristischen zu natürlichen Personen bedeutet. Aus diesem Grund können die Grünliberalen der Stadt Zürich sich nicht vorbehaltlos hinter die Ja-Parole ihrer Mutterpartei stellen.